

Medienmitteilung

Dienstag, 12. Oktober 2010

Kantonale Industrie- und Handelskammern wehren sich gegen die schädliche SP-Steuerinitiative

economiesuisse und die kantonalen Industrie- und Handelskammern sprechen sich klar gegen die SP-Steuerinitiative aus. Sie greift massiv in die Autonomie der Kantone und Gemeinden ein, erhöht die Steuern für alle und schädigt den Wirtschaftsstandort Schweiz. Das gefährdet Wohlstand und Arbeitsplätze.

Die SP-Initiative ist ein Steuererhöhungsprogramm für alle, ein frontaler Angriff auf den Föderalismus und ein Rückschlag für den Standort Schweiz. „Die Initianten wollen mit ihren Forderungen den Steuerwettbewerb unterbinden. Dieser ist aber ein Grundpfeiler des finanz- und steuerpolitischen Erfolgsmodells der Schweiz“, so Dr. Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung von economiesuisse. Die Folgen der Initiative wären für die Schweiz verheerend. Gentinetta hob an der Medienkonferenz drei Aspekte hervor: Erstens der Verlust an Standortattraktivität. Denn unser Steuerniveau verhilft uns international immer wieder zu Topplatzierungen und führt dazu, dass sich viele Unternehmen in der Schweiz ansiedeln und Arbeitsplätze schaffen. Zweitens führt die Initiative zur Abwanderung der Gutverdienenden ins Ausland. Das ist schlecht, denn Gutverdienende und Vermögende bezahlen einen Grossteil der Steuern. Drittens würde weniger Steuerwettbewerb zu weniger Steuereinnahmen führen. Denn die Steuereinnahmen sind dank dem Steuerwettbewerb in den letzten 40 Jahren massiv gestiegen. Die Mär des „ruinösen Steuerwettbewerbs“ entbehre also jeglicher Grundlage, schloss Gentinetta.

Die Initiative führt zu einem schweizweit höheren Steuerniveau

Obwohl es auf den ersten Blick scheint, dass die Kantone Basel-Stadt und Basel-Land nicht direkt betroffen sind, warnte der Präsident der Handelskammer beider Basel, Dr. Thomas Staehelin, vor den Auswirkungen der Initiative auf die Region. Weil der Steuerwettbewerb, der Garant für tiefe Steuern und einen haushälterischen Staat, ausgeschaltet werde, steige das Steuerniveau an. Das schwäche die Position der Region im Standortwettbewerb: „Als Region nahe an der Grenze spüren wir nicht nur den interkantonalen, sondern auch den internationalen Standortwettbewerb. In diesem Umfeld reagieren wir sehr sensibel auf politische Vorhaben, die unsere Region im Standortwettbewerb schwächen“. Die Steuerinitiative sei ein solches Vorhaben und sei deshalb entschieden abzulehnen. „Die SP-Steuerinitiative ist eine Mogelpackung“, so Staehelin weiter. „Sie gibt vor, dass nur höhere Einkommen und Vermögen mehr Steuern zahlen müssen. Das ist falsch“. Die Unzulässigkeit von Tarifsprüngen würde zu Steuererhöhungen für den Mittelstand und tiefere Einkommen führen.

Kleine Kantone werden zurück an den NFA-Tropf gedrängt

Der Steuerwettbewerb verlaufe heute innerhalb klar definierter Leitplanken und sei deshalb fair, erklärte Corinne Fischer, Vizepräsidentin der Zentralschweizerischen Handelskammer. „Er hat wesentlich dazu beigetragen, dass ländliche Standorte attraktive Steuersysteme entwickelten und Wohlstand und Arbeitsplätze generierten“, so Fischer. Aufgrund der geografischen Standortnachteile seien die ländlichen Kantone mehr als alle anderen auf eine liberale Steuerpolitik angewiesen. Kantone wie Zug, Nidwalden und Schwyz hätten sich dank dem Steuerwettbewerb von eher ärmeren Kantonen zu finanzstarken Kantonen entwickelt, die in den Neuen Finanzausgleich (NFA) einzahlen und so ihren Beitrag zu einem fairen interkantonalen System leisten. Auch Luzern und Obwalden seien dank dem gesunden Wettbewerb auf dem besten Weg, NFA-Geberkantone zu werden. „Die SP-Steuerinitiative würde viele Kleinkantone wieder in die Abhängigkeit der grossen Kantone führen“, so Fischer. Für sie ist klar, dass die Schweiz den Trumpf des Steuerwettbewerbs nicht aus der Hand geben darf.

Einschränkung des Steuerwettbewerbs führt zu Mindererträgen

Die Initiative verlangt, dass allfällige Überschüsse in den neuen Finanzausgleich (NFA) fliessen. Die Initiative würde aber kaum zu Mehrerträgen führen. Vielmehr vertreibt sie gute Steuerzahler ins Ausland und führt zu Mindereinnahmen in der Bundeskasse und im NFA-Topf. „Im Endeffekt sind alle Kantone von der Initiative betroffen. Die offene Rechnung bezahlt der Mittelstand“, so Charles Lassauce, Geschäftsleitungsmitglied der Genfer Handelskammer. Weiter hält er fest, dass die SP-Steuerinitiative nur ein erster Schritt in Richtung weiterer Harmonisierungsschritte der Linken sei. „Das ist der Anfang eines Wegs, der die Schweiz direkt in einen Zentralismus „à la française“ führen wird. Das führt zu Ineffizienzen und Schwerfälligkeit“. Das müsse verhindert werden.

Rückfragen:

Pascal Gentinetta, 079 202 48 65
Thomas Staehelin, 078 600 00 20
Corinne Fischer, 079 203 86 03
Charles Lassauce, 079 351 62 80

Medienkonferenz

Handelskammern gegen SP-Steuerinitiative

Dienstag, 12. Oktober 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Nein zur Gefährdung der Schweizer Standortattraktivität

Dr. Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung economiesuisse

Die Schweiz ist eine der wettbewerbsfähigsten Nationen der Welt. Dies ist die Grundlage unseres Wohlstands. Diese privilegierte Ausgangslage kommt jedoch nicht von ungefähr. Sie wurde dank bewährten Strukturen und konsequenter Wirtschaftspolitik ermöglicht. Dabei dürfte unsere besondere Steuerattraktivität eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben. Kantonale Spielräume sind hier entscheidend. Dies lassen uns gewisse Hochsteuerländer spüren.

Nun stellt sich die Frage, wie sich die SP-Steuerinitiative auf unsere Standortattraktivität auswirkt. Die SP möchte glaubhaft machen, dass ihre Initiative moderat sei: sie sei nur auf eine kleine Minderheit der Bevölkerung und ganz wenige Kantone ausgerichtet. Das ist absolut trügerisch. Der massive Widerstand der Kantonsbehörden sowie der kantonalen Industrie- und Handelskammern aller Landesteile mit unterschiedlichstem Hintergrund zeigt, dass dem nicht so ist. Bei der SP-Steuerinitiative geht es um Grundsätzlicheres in unserem Staatsverständnis. Sie ist in Tat und Wahrheit eine echte Gefahr für die Standortattraktivität unseres ganzen Landes und damit auch eine Gefahr für den Wohlstand unserer Bevölkerung: Sie ist erstens ein frontaler Angriff auf den bewährten Föderalismus, zweitens ein linker Meilenstein eines umfassenden Steuererhöhungsprogramms für alle und drittens ein Virus, der den Wirtschaftsstandort Schweiz nach und nach zerstört. Auf diesen letzten Aspekt werde ich mich nun konzentrieren.

Die Initiative schwächt das finanz- und steuerpolitische Erfolgsmodell Schweiz

Die Initianten wollen mit ihren Forderungen den Steuerwettbewerb unterbinden. Dieser ist aber ein Grundpfeiler des finanz- und steuerpolitischen Erfolgsmodells Schweiz. Zusammen mit der Schuldenbremse, dem Finanzreferendum, der Mitbestimmung der Bürger in Steuer- und Finanzfragen und dem Neuen Finanzausgleich gehört er zu den Elementen, die vielfältig auf den drei Staatsstufen Bund, Kantone und Gemeinden intensiv gelebt werden. Diese fünf Pfeiler sorgen dafür, dass die Steuerbelastung in der Schweiz insgesamt moderat bleibt, unsere Wettbewerbsfähigkeit dadurch gross ist und die Ausgabendisziplin gleichzeitig präventiv sichergestellt wird. Nichts weist darauf hin, dass der Staat seine Funktionen nicht mehr wahrnimmt. Die Staatsausgaben sind nur gewachsen und die interkantonale und interkommunale Solidarität durch zahlreiche Mechanismen des Finanzausgleichs sichergestellt. Mit der Unterbindung des Steuerwettbewerbs pflanzen die Initianten einen Virus in

dieses Erfolgsmodell, der das gesamte System schwächen wird. Wer über die Grenzen hinausschaut, sieht sofort in welche Verschuldungsspirale steuerzentralistische bzw. -kartellistische Ansätze Hochsteuerländer geführt wurden. Die SP-Steuerinitiative gefährdet die bewährte Finanzpolitik der Schweiz. Zwei Beispiele: Erstens wird die Mitbestimmung der Bürger in Steuerfragen beschnitten. Weil die Steuerhöhe in Zukunft in Bundesbern reguliert wird, können die Bürger nicht mehr darüber bestimmen. Sie werden bevormundet, genau wie die Kantone und die Gemeinden auch. Zweitens ist auch der Finanzausgleich betroffen. Die Initiative schwächt steuerattraktive Kantone, die in den Finanzausgleich einzahlen. Das bewährte System – und die damit verbundene interkantonale Solidarität – gerät ins Wanken.

Die Zeche der SP-Steuerinitiative müssen alle zahlen

Die Langzeitfolgen des SP-Steuervirus sind für unseren Standort verheerend. Ich beschränke mich auf drei Aspekte:

Erstens verliert die Schweiz an Standortattraktivität: Das tiefe Steuerniveau der Schweiz ist ein wichtiger Grund für die alljährlichen Topplatzierungen im internationalen Vergleich. Denn Kantone und Gemeinden haben einen Anreiz bei Privatpersonen und/oder bei Unternehmen unter den weltweit Besten zu figurieren. Der politische Druck der EU in dieser Sache beweist es eindrücklich.

Zweitens werden viele direkt Betroffene wegen den höheren Steuern ins Ausland abwandern. Kaum ein anderes Land kennt eine umfassende Vermögenssteuer wie die Schweiz. Hier dürfen wir das Fuder nicht überladen. Mit einer Annahme der SP-Initiative schneidet sich die Schweiz ins eigene Fleisch, denn die Gutverdienenden und Vermögenden bezahlen einen Grossteil der Steuern beziehungsweise der öffentlichen Leistungen. 10 Prozent der Steuerpflichtigen bezahlen 70 Prozent der direkten Bundessteuer. Bei der Vermögenssteuer ist die Abhängigkeit noch krasser: 1 Prozent der Steuerpflichtigen trägt zu 50 Prozent des Steuerertrags bei. Wandert ein spürbarer Teil aus, werden der Mittelstand und die unteren Schichten finanziell für die aufklaffenden Steuerlöcher aufkommen müssen. Anders geht es nicht. Deshalb ist die SP-Steuerinitiative eine Steuererhöhung für alle. Dies gilt zudem nicht nur für einige wenige Kantone und Gemeinden, sondern für die ganze Schweiz. Denn die Steuerausfälle in den Kassen der direkt betroffenen Kantone verursachen im gleichen Zug Ausfälle beim Bund – wegen den ausfallenden Erträgen aus der direkten Bundessteuer. Darüber hinaus sind die steuerattraktiven Kantone wegen der SP-Steuerinitiative finanziell geschwächt, so dass sie nicht mehr gleich viel in den interkantonalen Finanzausgleichstopf beitragen können. Die Zeche müssen zwingenderweise die anderen Kantone zahlen. Deshalb ist die ganze Schweiz direkt und spürbar von der SP-Steuerinitiative betroffen.

Drittens wird die positive Dynamik bei den Steuereinnahmen ohne Steuerwettbewerb beeinträchtigt. Denn die Steuereinnahmen der Privatpersonen sind dank dem Steuerwettbewerb nicht etwa gesunken, wie das die SP immer wieder wider besseren Wissens behauptet, sondern haben sich im Gegenteil in den letzten 40 Jahren verachtfacht! In der gleichen Zeit haben sich die Gesamtsteuereinnahmen und die Wirtschaft „nur“ versiebenfacht bzw. verfünffacht. Der der SP-Steuerinitiative zugrundeliegende Begriff „ruinöser Steuerwettbewerb“ entbehrt jeglicher Grundlage.

Wir wollen kein Steuerinferno nach dem Gusto der SP. „Wehret den Anfängen“, sagt man. Die SP hat weitere Steuererhöhungsrezepte in ihrem Köcher, sowohl auf Kantons- wie auch auf Gemeindeebene. Diese Partei zögert nicht mal, nach Brüssel zu pilgern, um mit EU-Genossen gegen kantonale Steuerregimes mobil zu machen. Der SP will aus der Schweiz eine Steuerhölle machen. Das heisst: höhere Steuern für alle und eine verminderte Standortattraktivität. Das gilt es am 28. November mit einem Nein zu verhindern.

Medienkonferenz

Handelskammern gegen SP-Steuerinitiative

Dienstag, 12. Oktober 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Nein zur unnötigen Steuererhöhungsinitiative

Dr. Thomas Staehelin, Präsident der Handelskammer beider Basel, Rechtsanwalt Fromer Schultheiss & Staehelin, Basel

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich spreche heute als Präsident der Handelskammer beider Basel zu Ihnen. Die Handelskammer beider Basel, zuständig also für die Kantone Basel-Stadt und Baselland, setzt sich mit ihren ca. 2'000 Mitgliedern für die Erhaltung und die Steigerung der Attraktivität des regionalen Wirtschaftsstandortes, immerhin des zweitwichtigsten in der Schweiz, ein. Als Einwohner und Steuerzahler in Basel-Stadt kenne ich die Lage in einem Hochsteuernkanton. Gemäss Argumentation der Initianten könnten wir Basler ja mindestens teilweise frohlocken. Erstens sind wir von den Mindestgrenzsteuersätzen vordergründig nicht betroffen. Zweitens sollen wir uns auch noch stärker am Finanzausgleich beteiligen können, verspricht uns die Volksinitiative. Doch die Erfahrung entlarvt die Verheissungen schnell. Die Wahrheit ist anders. Als Region nahe an der Grenze spüren die beiden Basel nicht nur den interkantonalen, sondern vor allem auch den internationalen Standortwettbewerb. In diesem Umfeld reagieren wir sehr sensibel auf politische Vorhaben, die unsere Region im Standortwettbewerb schwächen. Die SP-Steuerinitiative ist ein solches politisches Vorhaben, das die Attraktivität der Kantone massiv beeinträchtigen würde. Es ist deshalb notwendig, dass sich die Handelskammern aktiv gegen die Initiative engagieren. Die SP-Initiative schlägt uns ein schlechtes Geschäft vor: Verzichten wir darauf!

Die SP-Steuerinitiative schadet allen Kantonen – auch den beiden Basel

Die Annahme der SP-Steuerinitiative hätte zur Folge, dass in 16 Kantonen zwingend die Steuern erhöht werden müssten. Baselland und Basel-Stadt wären nicht direkt von Steuererhöhungen betroffen. Es wäre aber falsch anzunehmen, dass die beiden Basel nicht negativ getroffen würden. Denn die SP-Initiative schränkt den Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen ein. Dieser Steuerwettbewerb sorgt heute dafür, dass alle Kantone haushälterisch mit Steuergeldern umgehen und eine hohe Ausgaben- und Disziplin an den Tag legen. Er zwingt die Kantone, den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis anzubieten. Aus Sicht der Kantone Basel-Stadt und Baselland lässt sich somit sagen, dass der Steuerwettbewerb ein geeignetes Instrument ist, damit die Steuerhöhe in unseren Kantonen nicht noch höher ansteigt. Die Annahme der SP-Steuerinitiative wäre somit auch ein

Schlag gegen den Kanton Basel-Stadt und dies gerade zu einem Zeitpunkt, wo wir – über alle Parteigrenzen hinaus – uns in unserer Region endlich einig geworden sind, dass Verbesserungen – und nicht Verschlechterungen – bei den Steuern zwingend nötig sind. Diese Einsicht hat ja in Basel-Stadt gerade kürzlich, am 20. September dieses Jahres, zur Unterzeichnung eines Letter of Intent zwischen der (mehrheitlich links-grünen) Kantonsregierung Basel-Stadt und den Präsidenten der Wirtschaftsverbände geführt, gemäss dem zugunsten der Unternehmen die Steuern zu senken sind. Die SP-Initiative führt genau zum Gegenteil – und das wollen wir nicht!

Steuererhöhungen für den Mittelstand

Die SP-Steuerinitiative ist eine Mogelpackung. Sie gibt vor, dass nur höhere Einkommen und Vermögen mehr Steuern zahlen müssen. Das ist falsch. Tatsächlich sind auch die mittleren Einkommen von Steuererhöhungen betroffen: Denn die Anpassung der Steuersätze an einen Mindeststeuersatz führt zu Tarifsprüngen. Um solche Tarifsprünge zu vermeiden, müssen gemäss SP die Steuersätze auch für untere und mittlere Einkommensschichten erhöht werden. So schreibt die SP selbst: „Die Kantone sollten ihre Steuertarife als gleitende Kurven gestalten und vernünftigerweise keine abrupten Sprünge in der Grenzsteuerbelastung vorsehen. Je tiefer das allgemeine steuerliche Niveau in einem Kanton heute ist, desto mehr ziehen sich die Steuererhöhungen Richtung mittlere Einkommen.“¹ Diese Aussage der SP deckt sich mit der Einschätzung von Steuerrechtlern. So wird auch aus jenen Kreisen darauf hingewiesen, dass bei stetigem Verlauf der Tarifkurve alle Einkommensschichten und nicht nur die höchsten Einkommen betroffen sind. Der Steuerrechtsprofessor Ulrich Cavelti bringt es auf den Punkt: „Mit andern Worten werden durch die SP-Initiative nicht nur die höchsten Einkommensbezüger, sondern auch die mittleren Einkommen wesentlich mitbetroffen sein.“² Ich möchte es mit aller Deutlichkeit sagen: Die SP-Steuerinitiative ist ein verkapptes Steuererhöhungsprogramm. Die Zeche wird gerade der Mittelstand bezahlen müssen. Die Handelskammer, die viele exportorientierte KMU und damit den Mittelstand repräsentiert, wehrt sich entschieden gegen diese unnötigen und vor allem für unsere regionale Wirtschaft schädlichen Steuererhöhungen und empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern mit Überzeugung, am 28. November ein Nein in die Urne zu legen.

¹ SP (2007), Argumentarium der SP zu ihrer Steuergerechtigkeits-Initiative, S. 5.

² Vgl. NZZ vom 29. Januar 2007.



ZENTRALSCHWEIZERISCHE
HANDELSKAMMER

Medienkonferenz

Handelskammern gegen SP-Steuerinitiative

Dienstag, 12. Oktober 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Nein zum Abwürgen von Innovation und Effizienz

Corinne Fischer, Vizepräsidentin Zentralschweizerische Handelskammer,
Delegierte des Verwaltungsrates der Bataillard & Cie AG, Rothenburg

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Vizepräsidentin der Zentralschweizerischen Handelskammer fokussiere ich mich heute besonders auf die Kleinkantone. Die SP-Steuerinitiative schadet vor allem kleinen und ländlichen Kantonen. Sie schränkt den Gestaltungsspielraum der Kantone und Gemeinden in Finanz- und Steuerfragen stark ein. Dadurch werden sie ihrer Steuerkompetenz beraubt. Gerade bei uns in der Zentralschweiz würde ein schweizweit geltender Mindeststeuersatz auf hohe Einkommen und Vermögen einen grossen Rückschritt bedeuten. Denn der Steuerwettbewerb hat wesentlich dazu beigetragen, dass ländliche Standorte attraktive Steuersysteme entwickelten und Wohlstand und Arbeitsplätze generierten. Die Zentralschweiz wäre ausserdem besonders stark betroffen, denn die neuen Mindeststeuersätze würden in Luzern, Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden zu höheren Steuern für alle führen.

Der Steuerwettbewerb ist nicht grenzenlos. Er verläuft bereits heute innerhalb klar definierter Leitplanken. Innerhalb dieser Schranken bot er aber in den vergangenen Jahren viel Entwicklungspotential in der Zentralschweiz. Mit innovativen Steuermodellen und einer guten Haushaltsdisziplin ist es vielen kleinen Kantonen gelungen, gute Steuerzahler und Firmen anzuziehen. Dabei profitieren Unternehmen von tiefen Gewinnsteuersätzen und einer schrittweisen steuerlichen Entlastung ihrer Arbeitnehmer. Die Anzahl Unternehmenseintragungen im Handelsregister weist zum 01.01.2010 im Vergleich zum Vorjahr eine positive Entwicklung auf: bei den Zentralschweizer Kantonen Obwalden (+11.1%), Schwyz (+6.1%), Uri (+3.3%), Luzern (+2.1%), Zug (+1.9%), und Nidwalden (+1.7%). Ebenfalls bei der Veränderung der Beschäftigten ist von 2005 zu 2008 ein positiver Trend spürbar: Zug (+15.8%), Obwalden (+14.6%), Schwyz (+8.8%), Luzern (+6.1%), Uri (+5.8%), Nidwalden (+2.4%).

Am Beispiel des Kantons Luzerns kann angenommen werden, dass der Trend nachhaltig ist. In der Periode Januar – September 2010 wurden bereits 1030 Firmengründungen mit HR Eintrag verzeichnet. Dies entspricht 134 oder 15 Prozent mehr Ansiedlungen gegenüber dem Vorjahr (Quelle Dun &

Bradstreet, 8. Oktober 2010). Auch die schrittweise steuerliche Entlastung der natürlichen Personen zeigt Wirkung im Kanton Luzern. Laut LUSTAT 2010 nahmen steuerpflichtige mit Reineinkommen zwischen 150'000 und 199'900 Franken 2007 um 11 Prozent bzw. um 358 Steuerzahlende gegenüber Vorjahr zu. Steuerpflichtige mit Reineinkommen zwischen 200'000 - 499'000 Franken nahmen um 5 Prozent bzw. um 130 Steuerzahlende zu. Steuerpflichtige mit Reineinkommen über 500'000 Franken nahmen um 9 Prozent bzw. um 42 Steuerzahlende zu.

Wird nun aber der Steuerwettbewerb mit der SP-Steuerinitiative ausgeschaltet, hat das für Randgebiete und kleine Kantone schwerwiegende Folgen. Ohne ihre Steuerkompetenz verlieren diese Kantone ein wichtiges Instrument, um attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen. Aufgrund der geografischen Standortnachteile (schlechtere Verkehrsanbindung oder weniger Einkaufsmöglichkeiten) sind die ländlichen Kantone mehr als alle anderen auf eine liberale Steuerpolitik angewiesen. Denn Studien zeigen, dass beispielsweise Unternehmen, die sich in der Schweiz niederlassen, ihren Zuzug von zahlreichen Rahmenbedingungen abhängig machen. Dazu gehören die wirtschaftliche Öffnung, der Marktzugang, politische Stabilität, Qualität der Arbeitskräfte, Infrastrukturen und in einem gewichtigen Mass das Steuerklima für Unternehmen und Privatpersonen. Laut einer Studie des Wirtschaftsprofessors Lars Feld sind die Einkommenssteuern ein entscheidender Faktor, ob ein Unternehmen in die Schweiz zieht oder nicht. Denn wenn die Gemeinden die Steuern für die Besitzer und Mitarbeiter eines Unternehmens nicht attraktiv gestalten können, sind sie auch für Firmen weniger attraktiv. Wenn solche Unternehmen nicht mehr in die Schweiz ziehen oder gar wieder abwandern, leiden dadurch das heimische Gewerbe, die Zulieferer und letztlich die Arbeitnehmer. Der Standort Schweiz als Gesamtes würde dadurch geschwächt.

Die SP-Steuerinitiative würde viele Kleinkantone wieder in die Abhängigkeit der grossen Kantone führen. Wird ihnen eine individuelle Steuerpolitik und damit die Möglichkeit zu innovativen und effizienten Steuermodellen verunmöglicht, haben sie gegen die grossen Zentren und Agglomerationen mit ihrem grossen öffentlichen Angebot wenig Chance. Gerade der Steuerwettbewerb hat dazu geführt, dass Kantone wie Zug, Nidwalden und Schwyz, die lange als finanzschwache Kantone galten, heute eigenständig und finanziell stark dastehen. Alle drei Kantone zahlen heute zugunsten der finanzschwachen Kantone in den Finanzausgleich ein und leisten so ihren Beitrag zu einem fairen, interkantonalen System. In der Zentralschweiz ist ein erfreulicher Trend festzustellen. Luzern beispielsweise ist heute zwar noch NFA-Empfänger, dank Steuerwettbewerb aber auf bestem Weg ein finanzstarker Kanton zu werden. Auch Obwalden ist auf dem besten Weg zu einem NFA-Zahler zu werden. Diese Trümpfe darf die Schweiz nicht aus der Hand geben. Die Zentralschweizerische Handelskammer spricht sich darum ganz klar für ein Nein zur SP-Steuerinitiative aus. Denn die Kantone und ihre Bürger sollen weiterhin frei entscheiden können, was die beste Steuerpolitik für ihre Heimat ist.

Medienkonferenz

Handelskammern gegen SP-Steuerinitiative

Dienstag, 12. Oktober 2010

Es gilt das gesprochene Wort

SP-Steuerinitiative: Falsche Diagnose, falsche Medizin

Charles Lassauce, Direktionsmitglied der Handels, Industrie- und Dienstleistungskammer Genf (CCIG)

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Wirtschaftsorganisation, die ich vertrete, setzt sich für bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen ein. So setzt sie sich beharrlich dafür ein, dass der Kanton Genf die exzessive Besteuerung der natürlichen Personen korrigiert – 2007 zahlte ein Genfer doppelt so viele Steuern wie der durchschnittliche Schweizer – und die allgemeine Steuerlast senkt. Die CCIG ist also prädestiniert, sich zur SP-Steuerinitiative zu äussern.

Es sei in aller Klarheit gesagt, dass die Initiative schädlich ist: Sie ist schädlich für die ganze Schweiz. Die negativen Konsequenzen der Initiative würden auch auf diejenigen Kantone übergreifen, die auf den ersten Blick verschont bleiben. Die Wirtschaftskreise im Kanton Genf werden mit aller Macht dagegen kämpfen, dass die Schweiz diesen unheilvollen Weg in die Steuerhölle beschreitet.

Falsche Diagnose, falsche Medizin

Die sozialdemokratische Steuerinitiative bekämpft den Steuerwettbewerb, weil er laut den Argumenten der SP eine verhängnisvolle Spirale auslöst. Wie meine Vorredner betont haben, ist die Diagnose falsch. Die Initianten verschweigen, dass der Steuerwettbewerb in einem geordneten Rahmen – formelle Harmonisierung, direkte Bundessteuer und Finanzausgleich – stattfindet. So viel zur Diagnose. Die Medizin, die die SP vorschlägt, ist jene überholte und gleichmacherische, wie man sie oft in Europa antrifft. Sie ist für die Wirtschaft schlicht und einfach inakzeptabel.

Die Schweiz muss ihre Trümpfe bewahren

Höhere Steuern würden die Standortattraktivität der Schweiz beeinträchtigen. Unser Land würde insbesondere weniger ausländische Unternehmen anziehen. Wenn Unternehmen sich in der Schweiz niederlassen, berücksichtigen sie unter verschiedenen Rahmenbedingungen nicht zuletzt die Besteuerung. Für die Unternehmen ist dabei nicht nur die Unternehmenssteuer, sondern auch die Besteuerung der natürlichen Personen wichtig. Die Kantone mit den wettbewerbsstärksten Steuersystemen sind heute in der Lage, Steuerpflichtige zu halten bzw. anzulocken. Ihre Aktivität und Ihre Steuerleistungen kommen der ganzen Schweiz zugute.

Durch die drastische Steuererhöhung für Gutverdienende, z.B. Unternehmer, leitende Angestellte oder auch Vermögende, könnte die Initiative diese Steuerpflichtigen vertreiben – nicht in einen anderen Kanton, sondern ins Ausland. Eine Führungskraft in einem Unternehmen kann heute den Wohnsitz nach London verlegen, ein vermögender Rentner nach Europa auswandern (in den meisten europäischen Ländern gibt es keine Vermögenssteuern mehr).

Wenn letztlich Steuerpflichtige die Schweiz verlassen und andere nicht in die Schweiz ziehen, schrumpfen die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und das Steuerpotenzial der Kantone, die heute Beiträge an den Finanzausgleich leisten, schwindet. Letztlich wären deshalb alle Kantone davon betroffen; die Steuereinnahmen seitens der wohlhabenden Steuerpflichtigen würden drastisch abnehmen, die Mittelschicht hätte das Nachsehen.

Steuererhöhungsprogramm

Genf ist ein gutes Beispiel für die Wirkung eines gesunden Steuerwettbewerbs: Seit 1999 wurden die direkten Steuern für natürliche Personen zweimal gesenkt, um den Abstand zu den übrigen Kantonen zu verringern. Der Vergleich mit den anderen Kantonen erwies sich dabei als hilfreiches Argument, um dieses Ziel zu erreichen. Machen wir uns nichts vor: Die sozialdemokratische Partei ist aus dogmatischen Gründen gegen Steuererleichterungen. Sie lehnt Steuersenkungsvorhaben kategorisch ab oder bekämpft sie sogar mit einem Referendum. Genau so verhält sie sich, wenn Erleichterungen für die Mittelschicht geplant werden, wie z.B. anlässlich der letzten Genfer Volksabstimmung über die Besteuerung der natürlichen Personen.

Man braucht kein Hellseher zu sein, um vorherzusagen, dass die SP-Initiative nur eine Etappe eines umfangreichen Steuererhöhungsprogramms ist – quasi die Auffahrt auf eine Autobahn, die die Schweiz zu einem Zentralismus "à la française", der als notorisch ineffizient und schwerfällig gilt, führen würde. Die Westschweizer legen grossen Wert auf ihre Autonomie. Dazu gehört nicht zuletzt die Festlegung der eigenen Steuern. Die Initiative bildet den Anfang vom Ende dieses demokratischen Prozesses.